

Volksblatt

Rheder Volkszeitung

**Ämtlicher Anzeiger des Landratsamts, von Bürgermeisterämtern
und Ämtern des Kreises Borken. — Organ der Zentrumspartei.**

Anholt-Ißelburger Zeitung

Mr. 239

Ref. : Washington.

Donnerstag, den 12. Oktober

Evang. : Martin Luther

1922

Rabinettstrife in England?

England hat im Orient keine glückliche Hand gehabt. Obwohl es Millionen mohammedanischer Unterthanen in dem Weltreiche gibt, hat seine Regierung auf sie und ihre religiösen, nach dem Stiche des Raslens gerichteten Gefühle keine Rücksicht genommen, sondern die Herstdelung der Türkei in größtem Umfange betrieben und auch die Meerengenfrage in einer Weise zu lösen gesucht, daß von einer unbefrängten Souveränität des Sultans in Konstantinopel keine Rede mehr sein konnte. Die Folge war der von Kemal Pascha in Anatolien organisierte Aufstand zu dessen Niederwerfung die griechische Armee unter englischer Begünstigung nach Kleinasien gebracht wurde. Dieses von Venizelos begonnene und von dem nach Athen zurückgekehrten König Konstantin fortgesetzte Experiment hat bekanntlich einen unglücklichen Ausgang genommen, in der Hauptsache deshalb, weil die Griechen, deren diplomatische Fürsprecherin die englische Regierung war, keinerlei Unterstützung, weder an Waffen und Munition, noch an Geld erfuhren. Lord George hat es nicht gewagt, Frankreich, das sich bald mit den Angora-Türken freundlich stellte, zuwiderzuhandeln. Bei all den Verhandlungen, die zwischen England, Frankreich und Italien wegen der Regelung der Fragen des Nahen Ostens geführt wurden, hat die englische Regierung nachgegeben; sie hat nachgeben müssen, weil sie jetzt auf ihre mohammedanischen Unterthanen, unter denen es in Indien seit Jahr und Tag gewaltig gährt, Rücksicht nehmen mußte. Dann aber suchte sie wieder, namentlich in den letzten Wochen, wegen ihres Interesses an der Beherrschung der Meerengen, eine energiereichere Haltung gegenüber den Türken und ihren französischen und italienischen Gönnern einzunehmen, wodurch der Eindruck erweckt wurde, England wolle es auf einen neuen Krieg im Orient ankommen lassen. Gegen diese Politik erhoben sich nun aber wieder in England drohende Stimmen, insbesondere aus den Kreisen der Arbeiterschaft.

So ist aus der schwankenden Haltung der Regierung ein englischer Minister fast ohne Ausnahme Lord George zugeschoben wird. Blätter wie der „Observer“, dessen Leitartikler Garvin dem Ersten Minister bisher sehr nahe stand, haben dieser Tage seinen Rücktritt gefordert, und die englischen Gewerkschaften haben ein Manifest veröffentlicht, in dem erklärt wird, die Regierung sei im Auslande discreditiert und könne dem englischen nationalen Interesse nur schaden; sie sei auch nicht mehr in der Lage, das Land auf einer internationalen Konferenz zu vertreten. Der sofortige Rücktritt des Cabinets und die Wahl eines neuen Parlaments sei, so schließt die gewerkschaftliche Rundgebung, das einzige Mittel, Englands Stellung wieder zu heben, nicht nur im Orient, sondern auch gegenüber allen gegenwärtigen Problemen der inneren und äußeren Politik, deren Lösung von der englischen Regierung in Aussicht genommen werden müsse.

Lloyd George hat auf diese Demonstration mit einem Schachzug geantwortet. Er hat jetzt, um den Hieb der Arbeiterorganisationen zu parieren, das Protokoll über die Zusammenkunft veröffentlichten lassen, die er am 21. September mit 30 Mitgliedern des Generalrats der Gewerkschaften hatte. Das Protokoll war bisher geheim gehalten worden, um Komplikationen zu vermeiden. Nach dem nunmehr vorliegenden ausführlichen Bericht erklärte Lloyd George im Verlaufe dieser Begegnung die Politik der englischen Regierung entipreche im wesentlichen der der Arbeiterpartei. Wenn die englische Regierung strenge Maßnahmen habe in Aussicht nehmen müssen, so sei es in der Ueberzeugung gewesen, daß diese Maßnahmen geeignet wären, Konflikte zu vermeiden. Auf Unternehmungen in Kleinasien könne England sich nicht einlassen, aber es müsse verhindern, daß der Brand sich auf Europa ausdehne. Die Behauptungen, England habe an Griechenland Geld gegeben, seien falsch. Weder in Geld noch in Waren sei den Griechen eine Unterstützung gewährt worden. Als die nach Smyrna gingen, sei ihnen erklärt worden, daß sie auf ihre eigenen Kosten dorthin gingen und daß sie allein die Verantwortung dafür zu übernehmen hätten. Das englische Kabinett würde es mit Vergnügen sehen, wenn der Völkerbund die Meerengen besetzte. Nur müßte natürlich vom Völkerbund eine geeignete Truppenmacht eingesetzt werden, um darüber zu wachen, daß die Meerengen neutral und frei blieben. Wenn die Frage des Minderheitenshutes und der Grenzen von Trakien zu Erörterungen Anlaß geben könne, so gelte dasselbe nicht von der Freiheit der Meerengen. Hier könne England nicht nachgeben. Bis die Konferenz nicht ein Abkommen geschlossen haben werde, könne England die Befehung der Meerengen nicht gestatten.

Diese Veröffentlichung, die für uns Deutsche noch deshalb interessant ist, weil daraus hervorgeht, daß Lloyd George sich vor dem Arbeiterausfluß für einen deutschen Sitz im Kabinettsrath ausgesprochen hat, dürfte die Lage des englischen Kabinetts ohne Zweifel gebessert haben, um so mehr, als, wie der Londoner Berichterstatter des „Petit Journal“ sehr richtig bemerkt, die Mehrheit des englischen Volkes schwerlich will, daß Lloyd George unter den jetzigen Umständen zurücktritt. Außerdem wird er selbst das Bedürfnis haben, sich noch im Sattel zu halten, und unter allen Umständen seinen Rücktritt nach einem Mißerfolg zu vermeiden suchen. Es wird bereits gemeldet, daß er am Samstag in Manchester eine Rede halten wird, worin er

Das Abkommen von Mudania.

Die Einzelheiten des Protokolls.

Paris, 11. Okt. (Drahtk.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Das Abkommen von Rudania ist heute unterzeichnet worden.

Paris, 11. Okt. (Draht.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Das Protokoll, das die Alliierten Ismid Pascha vorgelegt haben, umfaßt n. a. folgende Punkte:

1. Die Räumung Thraziens durch die Griechen in 15 Tagen.
2. Die griechische Zivilbevölkerung innerhalb der Gefangzone muß so schnell wie möglich zurückgezogen werden.
3. Die Zivilmacht geht in die Hand der Alliierten über.
4. Alliierte Truppenkontingente werden vorläufig Ostthrazien besetzen.

auf die in der letzten Zeit von weiten Kreisen an der inneren und äußeren Politik der Regierung geübte Kritik antworten werde. Der Entschluß, vor die Öffentlichkeit zu treten, kann nur dahin ausgelegt werden, daß Lloyd George vor dem Lande seine Politik rechtfertigen und Angriffen seiner Kritiker entgegentreten will. Diese Kritiker sind natürlich nicht nur auf der Linken zu finden, sondern noch weit stärker auf der Rechten. Die „unbeugsamen“, Koalitionsfeindlichen Konservativen haben schon vor einigen Monaten gesagt, Lloyd George ein Bein zu stellen. Es ist selbstverständlich, daß sie sich jetzt die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollen, wo ihnen die Regierungspolitik zu schwächlich erscheint.

Der Rathenau-Prozeß.

Der Strafantrag des Oberreichsanwalts.
Leipzig, 10. Okt. Unter allgemeiner Spannung begann die Vernehmung des 18jährigen Gymnasiasten Heinz Stubenrauch.

Vorsitzender: Sie sind der Urheber eines Mordplans gegen Rathenau? Zeuge: Ja werde als solcher hingestellt, es entspricht aber nicht den Thatfachen. Ich gehöre dem Bunde der Unabhängigen an. Vorsitzender: Dienen Sie Rathenau für einen Schädling? Zeuge: Jawohl, namentlich nach Abschluß des Rapollovertrages. Vorsitzender: Haben Sie mit Günther über Rathenau gesprochen? Zeuge: Ich habe gesagt, Rathenau müßte aus der Regierung befeitigt werden, als äußerstes Mittel läme der Mord in Betracht. Von einem reinethischen Vorhaben kann keine Rede sein. Die Erörterung war rein theoretisch. Bei der Erwähnung des Rapollovertrages sagte ich: Hätte ich einen Revolver, dann würde ich ihn im Reichstag erschlehen. Vorsitzender: Was hat Günther von der Organisation E. gesagt? Zeuge: Sie solle zur Vertiefung Oberflächens dienen, ein anderer Zweck wäre die Befestigung derjenigen Regierungsführer, die sich ihrer Aemter unwürdig gezeigt hätten. Die Führer würden ausgelöst, und zwar nach einer Probezeit von drei Jahren. Während dieser Probezeit werden ihnen die verschiedensten Aufgaben gestellt. Das heißt ich für Anfinn und schloß daraus zum Teil auf das Ganze. Ich habe den Vertheid mit Günther auch auf Wunsch meiner Eltern abgesehen, diesen aber gelegentlich wieder getroffen. Ich hatte schon ein Jahr vorher Günther gebeten, mir einen Revolver zu verschaffen. Aus diesem Wunsch heraus schrieb ich an Günther, ob ich von der Organisation E. zur eventuellen Ausführung meines Planes Beihilfe erhalten könnte. Es kam dann zu einer Zusammenkunft mit zwei Herren der O. C. aus München. Es waren Kern und Fischer, obwohl ich ihre Namen wußte. Bei der Unterredung ging Kern in medias res und leitete meinen angeblichen Plan ab. Beifolgt Heubendach: Sie sind unbeschallt weiser Schüler des Stegthaler Realgymnasiums geblieben trotz Ihrer Rolle bei dem Rathenau mord. Es sind die Verhältnisse anstößendsten Lehranstalten, die geradezu gemeingefährlich für das ganze deutsche Volk sind.

Vorshender: Angeklagter Günther, haben Sie die von Stübenauch bekundete Wehrung über die Draanklation E. gemacht? — Günther: Jawohl! — Vorshender: Haben Sie den Plan, den Stübenauch als theoretisch bezeichnet, für erfüllt gehalten? — Günther: Jawohl! — Zeuge Stübenauch: Das ganze Schreiben an die Draanklation E. war eine Fälsche. Es geschah mir auf Veranlassung Günthers, der sagte, ich würde auf diese Weise einen Revolver erhalten. — Vorshender: Zu welchem Zweck wollten Sie den Revolver? — Stübenauch: Zu meinem persönlichen Schutz. — Der Zeuge bleibt unverändert.

Es folgte die Vernachnahme des 27jährigen Zeugen C. A. de aus Schwerin, der in Unterthüngenschaft war, weil die Anklagen bei ihm Kerns Roffer einackelt hätten. Er bekundet, bei einem Besuch Kerns wurde dann gesprochen, daß die nationalen Verbände sich einmten militiren im Neudeutschen Bunde. Auch von der Befestigung der Regierung wurde gesprochen. Ich lehnte aber jede Gewalt ab. Ich vertheile ein Ausblatt gegen Rathenan nach seinem Vorhlag, eine Goldhypothek einzuführen, weil ich befürchte, daß die Folge eine Vmänderung deutscher Pfaffen nach dem Auslande sein würde.

Landesstriminalhauptmann Wiggerich erklärt, am 29. Juni sei ein Koffer im Klotz der Seutbahn nach hinterlegt worden. Der Koffer wird vorzeitigat. Seine Wache und Umkleelagerer Echow erklären, das Wmme nicht der Koffer sein. Umkleelagerer Wennann kann nicht sagen, ob dies der Koffer sei. Verteidiger Dr. Grevig: Nachdem am Donnerstag der Umkleelagerer Hufmann

5. Der Rückzug dieser Truppen geschieht spätestens 30 Tage nach der Räumung Thrazien's durch die griechischen Truppen.

Bulgarische Forderungen.

Paris, 11. Okt. (Draht.) Der bulgarische Innenminister hat in einer Reihe von Erklärungen an die Großmächte folgende Forderungen gestellt: 1. Autonomie ganz Thrakiens unter Schutz des Völkerbundes und Rückbeförderung aller Flüchtlinge aus Thrazien. 2. Entmilitarisierung der Grenze Thraziens. 3. Schaffung einer neutralen Zone zur Begünstigung der bulgarischen Ausfuhr.

Thronverzicht des Sultans.

Paris, 11. Okt. (Drahtb.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Sultan hat endgültig seinen Thronverzicht angeboten. Die Nationalversammlung hat beschlossen, den Verzicht anzunehmen.

vernommen war, habe ich veranlaßt, daß der bei Tade unterge- stellt gewesene Koffer herbeigeschafft wird. Vorsitzender: Alse- mann, ist dieser Koffer mit Ihrem Wissen hiehergekommen? Hand der Koffer in die dieser Zeit zu Ihrer Verfügung? Alse- mann bestritt das. Vorsitzender: Es ist also eine dritte Per- son, die den Koffer auf Eruchen des Reichsanwalts überreichte ließ. Ist der Koffer mit Ihrem Zutun in die Hand dieser drit- ten Person gekommen? Alsemann: Ja wohl! Vorsitzender: Hand der Koffer in dieser Zeit zu Ihrer Verfügung? Alse- mann: Nicht direkt, aber durch Umweisung. Vorsitzender: Hat- ten Sie am Sonntag schon Kenntniß von der Ermordung Ka- benaus? Alsemann: Darüber will ich mich nicht äußern. Vorsitzender: Hatten Sie eine Ahnung von der Täterschaft Kerns? Wurden Sie dadurch veranlaßt, den Koffer zu befe- ligen? Alsemann: Ja.

Leipzig, 11. Okt. (Drthb.) Nach zweieinhalbstündigem Plädoyer stellte der Oberreichsanwalt Ebermayer folgenden Strafantrag im Rathenauprozeß:

Gegen Ernst Werner Sönow wegen Mithäterschaft Todesstrafe und dauernden Verlust der Ehrenrechte.

Gegen Hans Gerd Lechow: als Juuendfichen wegen Beihilfe 4 Jahre Gefängnis, wegen Begünstigung 6 Monate Gefängnis, zusammen 4 Jahre 6 Monate Gefängnis.

Gegen Gürtler wegen Weibhiffe 6 Jahre Zuchthaus, wegen Begünstigung 9 Monate Zuchthaus, zusammen 6 Jahre 9 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Gegen Salomon wegen Betrüge 5 Jahre Suchthaus.
Gegen Warnede 4 Jahre Suchthaus.
Gegen Niedrig 5 Jahre Suchthaus.

Beide die drei Lehthocnamten beantragt der Oberreichs-
anwalt je 5 Jahre Ehrverlust. Ferner beantragt er für Schütz
und Pfeiffer die wegen Hehlens angeklagten wegen Theilnahme

und Dienst, die wegen Beihilfe antrug, waren, Freisprechung, gegen Steinbed wegen Begünstigung und Beihilfe 3 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen Tilleßen und Plag 3 Jahre Gefängnis. Beim Angeklagten Vog beantragt er Freisprechung.

In seiner Beerdigung erklärte der Oberreichsamst, daß es sich nicht um einen rein politischen Mord handle, sondern um einen reinen Mord, wenn auch politische Momente eine Rolle gespielt haben mögen. Infolgedessen habe er auch Todes-, Justizhaus- und Ehrenstrafe beantragt. Außerdem beantragte er auch die Einziehung der Pilsener. Die Einziehung des Kutos beantragte er nicht, da die Bestillschungsanträge noch nicht feststehen.

Aufflehererregende Verhaftungen.

Berlin, 10. Okt. Nach einer Mündlicher Mitteilung des
 23. 3. am Mittag" wurden auf Grund eines Haftbefehls des
 Staatsanwalts verschiedene Mitglieder der Organisation Des
 land, darunter Hauptmann Schwerbmer, Dr. Fris. Borck, des
 looen, Hauptmann Ludwig Oesterreich und der Kaufmann
 Friedrich Endres wegen Verdachts der Vorbereitung und Auf-
 forderung zum Mord festgenommen. Die Befehlshaber sollen
 in Mittheilung des Bundes "Oberland" Aufforderungen zur Be-
 reitung verschiedener Verbrechen und Vorgehen gerichtet haben.
 Nach der Mündlichen-Mittheilung Abendzeitung" soll es sich um
 den Plan der Ermordung politischer Persönlichkeiten handeln.

Die Reparationskommission und die deutsche schwebende Schuld.

Paris, 10. Okt. „Temps“ weist darauf hin, daß das ruherordentliche Anwachsen der deutschen schwebenden Schuld innerhalb des Wiederherstellungsausschlusses zum Gegenstand einer Aussprache gemacht worden sei. Nach einer Entscheidung des Wiederherstellungsausschlusses vom 31. Mai sei Deutschland für 1922 ein Teilmoratorium unter gewissen Bedingungen gewährt worden. Eine davon sei, daß die schwebende Schuld Deutschlands nicht den Betrag von 281 Milliarden Papiermark überschreiten dürfe. Der Mehrbetrag müsse durch Steuern oder inneren Anleihen gedeckt werden. Von der Erfüllung dieser Bedingungen hänge die Aufrechterhaltung des Moratoriums ab. (Diese Darstellung stimmt nicht ganz. Die deutsche Gegenbedingung war eine auswärtige Anleihe.)

Paris, 11. Okt. (Drhth.) Der englische Delegierte Sir Bradbury ist der Ansicht, daß die Reparationskommission nicht den November abwarten soll, um Maßnahmen gegen den Bankrott Deutschlands zu treffen. Bradbury will beantragen, daß Deutschland bis Ende 1923 von allen Zahlungen befreit werde.

Innerpolitische Umschau.

Die neue Besoldungsvorlage. Wie wir bereits mitgeteilt haben, sind in die von der Reichsregierung dem Reichstag übergebene neue Besoldungsvorlage die bisherigen Teuerungszulagen in Grundgehälter und Ortszuschläge eingebaut. Die Ortszuschläge sind mit Rücksicht auf das inzwischen in Kraft getretene Reichsmietengesetz und als Ersatz für die bisherigen widerruflichen Wirtschaftshilfen entsprechend erhöht worden. Dem wiederholten Wunsch des Reichstages nach vermehrter Berücksichtigung der sozialen Besoldungsbestandteile gemäß sind die Kinderzuschläge stärker erhöht worden als die Grundgehälter, außerdem ist für die verheirateten Beamten die Gewährung eines um 3 v. H. höheren Teuerungszuschlags vom Grundgehalt und eines Ortszuschlags in Aussicht genommen. Die Kinderzuschläge bleiben nach wie vor für alle Beamtenengruppen gleichmäßig hoch. Für die Pensionäre sind die entsprechenden Forderungen gegeben. Das gesetzliche Witwengeld soll von vier Reihentel auf sechs Reihentel des Ruhegehalts des Mannes erhöht werden, dafür sollen die Witwen zukünftig nur den allgemeinen Teuerungszuschlag zu ihrem Witwengeld erhalten.

Der Kirchenbesuch von Beamten an nichtgesetzlichen Feiertagen. Auf eine vom Reichsgeneralsekretariat der Zentrumspartei an das Reichsministerium des Innern gerichtete Anfrage, ob katholische Beamte auf Grund eines Rechtstitels von der vorgeschriebenen Beförderung zur Erfüllung der religiösen Pflichten vom Dienste freigestellt zu werden, ist folgender Bescheid eingelaufen: „An nicht staatlich anerkannten kirchlichen Feiertagen ist den Beamten des betreffenden religiösen Bekenntnisses Gelegenheit zur Befriedigung der religiösen Bedürfnisse zu geben.“

Die Reichspräsidentenwahl.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen der Koalitionsparteiführer mit dem Reichsfürst in Konstanz wird jetzt noch bekannt, daß der Reichsfürst an führende Persönlichkeiten von Industrie, Handel, Kunst, Wissenschaft und an die Parteien eine Einladung richten soll, ein besonderes Komitee zu bilden, welches die Wahl des Präsidenten besprechen und vorbereiten soll. Das Komitee, das etwa 100 bis 150 Personen umfassen soll, und die politischen Parteien sollen, falls der Reichstag bei seinem Zusammentritt am 17. Oktober die Reichspräsidentenwahl zum Aufbruch an das Volk rufen und die Kandidatur benennen. Diesen Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, die Neuwahl des Reichspräsidenten über das Gebot der Parteipolitik hinauszuheben, kann es indessen nicht dienlich sein, wenn der „Vorwärts“ der Kandidatur Ebert einen parteipolitischen Charakter zu geben sucht. Das Blatt schreibt z. B., entweder werde eine Verständigung mit der Sozialdemokratie zustande kommen und dann könne der Kandidat nur Ebert sein; erfolge die Verständigung ohne die Sozialdemokratie, so komme es zur Entscheidung zwischen Ebert und einem Sammelkandidaten. In der offiziellen Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei wird für die Auffstellung eines bürgerlichen Sammelkandidaten gegen die Sozialdemokratie Stellung genommen, um Deutschland nicht weiter durch sozialdemokratische Revolutionäre regieren zu lassen. Ohne Bezug hierauf steht sich die „Germania“ für eine gemeinsame Kandidatur Eberts ein. Der Vorschlag, einen bürgerlichen Sammelkandidaten aufzustellen, müsse, wie in einer von dem Blatt veröffentlichten Aufschrift hervorgehoben wird, schon an der Parteifrage scheitern. Im übrigen würde dadurch zu einer ganz ungeeigneten Zeit der Streitpunkt aufgeworfen: „Sie bürgerlich — die sozialistisch“ und dem zukünftigen Präsidenten, der doch über den Parteien stehen sollte, könne zu leicht der Stempel des Parteipolitikers aufgedrückt werden. Es wäre am besten, alles Parteipolitische aus dieser Wahl zu verbannen und zu versuchen, den geeignetsten Mann an diese verantwortungsvolle Stelle zu setzen. Ebert, der stets bestritten war, wirklicher Präsident und nicht Parteimann zu sein, könne als Kandidat einer überparteilichen Mehrheit des deutschen Volkes gelten.

Daß auch in der Deutschen Volkspartei dies Urteil über Ebert verbreitet ist, beweist eine Aufschrift der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die eine ähnliche Haltung vertritt. Wir haben bereits am Samstag bemerkt, daß die „Allgemeine Zeitung“, das bedeutendste Organ dieser Partei, schon seit längerer Zeit die Wiederwahl des jetzigen Reichspräsidenten zu fördern sucht. Daraus geht wohl hervor, daß eine gemeinsame Kandidatur der Koalitionsparteien schwerlich in Frage kommen wird. Allerdings steht noch nicht fest, wie sich die Deutsche Volkspartei zu dem Konstanzer Plane stellt, da sie an den Verhandlungen mit dem Reichsfürst nicht beteiligt war.

Neuwahl des Reichspräsidenten?

Berlin, 11. Okt. Laut „B. Z.“ wird am Tage nach dem Zusammentritt des Reichstages der Verfassungsausschuß sich versammeln, um zu prüfen, ob mit Rücksicht auf die Vereinigung der beiden sozialistischen Fraktionen die bisherige Zusammensetzung des Verfassungsausschusses beibehalten ist. Der Reichstag wird etwa 8 Tage zusammenbleiben und am 25. 10. wegen des deutschen Nationalparteitages in Göttingen auf mehrere Tage seine Sitzungen unterbrechen.

Der demokratische Parteitag.

Elberfeld, 10. Okt. In der Vormittagsitzung des 2. Tages gab der Vorsitzende Dr. Peterlen den Bericht über die Tätigkeit der demokratischen Reichstagsfraktion. Die Frage der Arbeitsgemeinschaft nahm darin den breitesten Raum ein. Er warf kurz einen Rückblick auf die Bestrebungen zur Bildung dieser Gemeinschaft und begründete die Stellung der Demokraten zu dieser Politik der Mitte, für die er entschieden eintrat. Sie bedeute Sammlung der verfassungstreuen Republikaner zum Wiederaufbau. Er freute sich, daß die Deutsche Volkspartei heute auf dem Standpunkt stehe, auf dem sie seit 1918 stand, nämlich, daß es keine andere Lösung den Umständen nach gebe als die republikanische Staatsform. Darum könne es auch nicht heißen, die Demokratische Partei laufe der Volkspartei nach, sondern es heiße so, daß die Deutsche Volkspartei sich bereit erklärt habe, die Politik fortzusetzen, welche die Demokratische Partei seit vier Jahren betrieben habe. Bei der Arbeitsgemeinschaft soll es aber nicht heißen: Die Volkspartei, die Sozialdemokratie, die Partei trete in klarer

Weise auch für die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ein. So wenig die Partei ein Schwanzstück der Deutschen Volkspartei mit ihrer Politik werde, so wenig wolle sie ein solches von der Sozialdemokratie sein. Die Arbeitsgemeinschaft ist keineswegs als ein Bürgerbund gedacht. Eine gegenläufige Stellung zur Sozialdemokratie solle nicht eingenommen werden, es handle sich nur darum, die vielen unnützen Reden im Parlament einzuschränken. Ueber die Wirtschaftspolitik der Fraktion sprach Reichstagsabgeordneter Reinath. Er wies auf den Verfall unserer Wirtschaft durch Wiederherstellungskosten und Minderzeugung hin. Die Wege unserer Rettung lägen nicht in der Währungsreform, sondern in der Reform der Wirtschaft und in der Revision unserer Wiederherstellungskosten. Weiter wandte sich Reinath gegen die Wiedereinführung der Zwangsökonomie. Auf Frage der Arbeitsgemeinschaft hatte der Vorstand folgende Entschliessung eingebracht:

Der Parteitag erwartet von der Arbeitsgemeinschaft, daß sie dazu beitrage, alle auf dem Boden der Republik stehenden Kräfte zur gemeinsamen Arbeit zusammenzuführen und die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken. Er nimmt als selbstverständlich an, daß diese Arbeitsgemeinschaft die Selbstständigkeit der Partei und die Aufrechterhaltung ihrer Grundsätze nicht beeinträchtigen wird.

Die Entschliessung wurde angenommen. Am Nachmittag erreichte der Parteitag sein Ende. In der Ansprache wurden noch Maßnahmen gegen die Devisenspekulation gefordert. Ferner wurde verlangt eine scharfe Kontrolle der Preispolitik der Kartelle und Syndikate, wobei auch die Wiederbeschaffung der Preisfreiheit abgelehnt wurde. Eine große Anzahl von Anträgen und Entschliessungen wurde dann noch angenommen. Es sollen außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden für eine nachdrückliche Aufklärung des Auslandes über die Wirkung der Reparationszahlungen. Ferner richtungsloses Vorgehen gegen die Verteuerung, Beseitigung der leitenden politischen Beamtenstellen mit unzuverlässigen Republikanern, ausstehende Beteiligung der Gemeinden an den Einkünften der Steuern. In Bezug auf die Notlage der Presse wurde gefordert: 1. Herabsetzung der Anzeigensteuer auf den Satz der allgemeinen Umsatzsteuer von 2 v. H. im Höchstmaß, und zwar mit Rückwirkung ab 1. Januar 1922. 2. Bereitstellung von monatlich 75 000 Raummetern Freitext für Herstellung des erforderlichen Zeitungsdrucksatzes zum Preise von höchstens 3000 M. je Raummeter durch die Länder und Bundesländer. 3. Verstärkung der Rückvergütungsstufe aus dem Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. 4. Scharfere Überwachung der Ausfuhr von Zellstoff und Druckpapier, Aufhebung der Einfuhr für Zellstoff.

Unter förmlicher Zustimmung der Versammlung sprach der Parteivorsitzende Dr. Peterlen dem Reichspräsidenten Ebert für die ausgezeichnete Führung der Reichsgeschäfte während des letzten Jahres den Dank und die Anerkennung der Partei aus. Dr. Peterlen gab der Hoffnung Ausdruck, daß Ebert von einer großen Mehrheit des deutschen Volkes wieder zum Präsidenten gewählt werde.

Zum Vorsitzenden der Partei wurden Senator Dr.

Peterlen (Hamburg) und zum Vorsitzenden des Parteivorstandes der Abgeordnete Erffkenz wiedergewählt. Als Ort der nächsten Tagung wurde Breslau in Aussicht genommen.

Westfalen und Rheinland.

* Bocholt, 11. Okt. (Schmuggler.) In der Bauerschaft Senn entwurden zwei Rüsse beschlagnahmt, die am Montagabend eine östliche Schmugglerbande über die Grenze zu verschleichen versuchte. Rathenauprozess.

* Soest, 11. Okt. (Das alte Lied.) Mit knapper Not dem Tode entronnen ist vor einigen Tagen zwischen Anna und hier kleiner Junge, der sich im Eisenbahnzuge an eine Stütze angelehnt hatte. Bei voller Fahrt des Zuges öffnete sich die Tür des Abteils vierter Klasse, an der das Kind stand. Einem Mitreisenden gelang es noch im letzten Augenblick, den aus dem Abteil herabstürzenden Knaben zu erfassen und dadurch vor dem sicheren Tode zu retten.

* Weidenmünde, 11. Okt. (Der Uebermut der Feldbiebe.) Die Frechheit der Feldbiebe nimmt immer mehr überhand. So beobachtete ein hiesiger Landwirt, wie am helllichten Tage circa 20 Personen, Männer, Frauen und Kinder, mit Hacken, Röhren und Säcken damit beschäftigt waren, auf seinem Kartoffelfeld zu roden. Als der Besitzer hinzukam, und die Feldbiebe zur Rede stellte und sie von seinem Felde wies, wurde er tätlich angegriffen und beschimpft. Nur widerwillig entfernten sie sich.

* Steinheim, 11. Okt. (Eurene Umarmung.) Ein Vorfall am Wilhelm-Markt mag vielen zur Lehre dienen. Die „Steinheimer Zeitung“ erzählt: Auf der Heimfahrt vermisste ein Landwirt plötzlich den nicht geringen Erlös aus einem Pferdeverkauf. Im Gedränge war er beim Einsteigen in ein Schlösschen mehrfach von einem Fremden umarmt worden, ein Geldbeutel hatte die stilles Geleit zum Stehlen benutzt. Die Untersuchung einiger Fahrgäste im öffentlichen war zwecklos. Der Gauner hat den Tag freilich nicht bestiegen.

* Paderborn, 11. Okt. (Diözesanynode 1922.) Am Montag fand im Dome zu Paderborn die feierliche Einsetzung des Diözesanynodes statt. Die vom Pontifikale vorgeschriebene lateinische Ansprache des Bischofs bezeichnete knapp und kurz den Stoff der Synode und forderte die Beteiligten auf, alle Verhandlungen im Geiste der Liebe zu führen. Sie leiteten dann über zum Höhepunkt der kirchlichen Feier, zur Eidesleistung des Bischofs im Angesichte aller Gläubigen.

Nachmittags eröffnete der Bischof von Paderborn im Festsaal des Leonhardshofes die Beratungen. Er wies darauf hin, daß zur Zeit die Augen der ganzen Diözese auf die Synode gerichtet seien, die auf die Verammlung die größten Hoffnungen setze und reichen Segen für das religiöse Leben von ihr erwarte und er bat die Synodalen, durch anhaltendes Gebet und eifrige Mitarbeit die Verwirklichung dieser großen Erwartung an der Diözese zu erstreben.

* Düsseldorf, 11. Okt. (Neues von den Belgieren.) Bei einem neuen Zwischenfall in Düsseldorf-Heerdt war durch Schüsse belgischer Marineinfanterie ein deutscher Turner, ein achtzehnjähriger Arbeiter namens Bodemann, am Hals schwer verletzt worden. Er ist heute den Verletzungen erlegen. Die sechs belgischen Marineinfanteristen, welche trotz des Verbots des belgischen Kommandanten in die Räume des Stützpunktes des deutschen Turnvereins eingedrungen waren, sind alle in Haft.

* Koblenz, 11. Okt. (Das verhängnisvolle Schusspiel.) Eine junge Beamtin aus Essen wurde vom amerikanischen Militärgericht in Koblenz zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie in Gegenwart von zwei amerikanischen Soldaten ein kleines Sternchen aus Schmutz gezeichnete. (1)

Handel und Volkswirtschaft.

Besserung der Markt.

Berlin, 11. Oktober. (Druck.)	Schlusssatz.	
	Geld	Brief
Amsterdam	103 870,-	104 130,-
Brüssel	18 302,05	18 347,95
Christiana	48 393,50	48 460,50
Kopenhagen	54 531,50	54 688,25
Stockholm	70 661,65	70 838,55
Oslo	11 166,-	11 189,-
London	11 785,75	11 814,75
New York	2 599,75	2 603,75
Paris	19 875,10	19 924,90
Sankt Petersburg	49 338,25	49 461,75
Madrid	39 550,-	40 030,-

Berliner Abrechnungsabstimmung.

Berlin, 11. Okt. (Druck.) Auf die erhebliche Besserung der Markt in New York sowie wegen der angedachten bevorstehenden Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Spekulation schwächen sich die Devisen am Vormittag nicht unerheblich ab. Die Wirkung dieses Vorganges blieb im Effektenmarkt im wesentlichen auf die Devisenwerte beschränkt. Dagegen konnten Montanepapiere im Zusammenhang mit den erheblichen Preissteigerungen für Kohle ihren Kurs um mehrere 100 Prozent verbessern. So stiegen Stahl um 800, Partowinter um 400, Rheinische Braunkohle um 300, Rheinisch um 650 u. v. m. Von Mineralien gewannen Orenstein 500, Erzth. Silber-Kammern 400 Prozent. Die übrigen Industriebläschen wenig verändert. Schiffahrtsspekulationen lagen uneinheitslos. Banken neigten nach unten. Deutsche Anleihen konnten sich nicht behaupten.

Berliner Produktendörse.

Berlin, 11. Okt. (Druck.) Die Währungsreform der Devisen brachte etwas mehr Ansehens von Werthe als dem Ende. Es herrschte aber keine Unternehmungslust, und die Umsätze blieben meist flüchtig. Noagen aber erheblich nach. Weizen nicht so stark. Von Gerste waren begehrt die guten Brauereierorten. Die Haterknappheit erwies kaum eine Milderung. Die Preise waren aber ermäßigt. Es war billiger zu haben. Die Käufer waren aber vorsichtiger und wollten nur bald abzumachende Ware.

Das Notgeld als öffentliches Zahlungsmittel.

Der Reichspostminister hat die Reichspostkassen angewiesen, auf höhere Entscheidung, die zunächst bei den Postdirektionen liegt, das in Umlauf befindliche Notgeld auch über den 14. 11. hinaus als öffentliches Zahlungsmittel weiterhin anzuerkennen.

* Aus der mühseligen Textindustrie. In der Textilindustrie kommt die seit einiger Zeit befristeten Entlassungen bisher noch vermisst werden. Immerhin blieb der Geschäftsgang in der letzten Zeit sehr ruhig. Nachfrage bestand hauptsächlich für sofort lieferbare Waren so daß sich der Auftragsbestand infolgedessen sowohl bei Spinnereien wie auch bei Webereien sehr verringert hat und voraussichtlich nur noch für eine Beschäftigung von 4-5 Wochen ausreichen wird. Zurückzuführen ist diese Geschäftslage auf die durch die anhaltende Entwertung unserer Mark bedingte unklare Wirtschaftslage. * Umrechnungsurse für die Ausfuhrabgabe. Die Umrechnungsurse für die Berechnung der Ausfuhrabgabe, gültig für die Zeit vom 1. bis 17. Oktober 1922, lautet: Holland 80 700.

Buenos Aires Papier 750, dito Gold 1700, Belaten 14 300, Norwegen 36 800, Dänemark 42 400, Schweden 55 300, Finnland 4800, Italien 9000, England 9200, Amerika 2100 Paris 15 000, Schweiz 39 000, Spanien 31 500, Neu-Weien 2,70, Prag 7400, Budapest 80. Bulgarien 1400, Rumänien 1400, Süd-Slawen 3200, Porembura 14 800; über London ermittelte Kurse: Litken 4400, Lissabon 5800, Alexandrien 6900, Vaspasraho 20 700, Yokohama 1100, Rio de Janeiro 240.

(1) Der Aufkauf Deutschlands. Amtliche Feststellungen haben ergeben, daß in den letzten zwei Jahren von allen Städten in München die Ausländer die meisten Grundstücksäufe getätigt haben, nämlich 639 bebauten und 29 unbebauten, das ist sowie zweimal mehr als in Vöden. — Wie die Sächsischen Bayern sowie zweimal mehr als in Vöden. — Wie die Sächsischen Bayern ausgekauft haben, geht daraus hervor, daß dieses Jahr 34 000 Grenzlinien ausgeben wurden, im vorigen Jahre nur 900.

* Eine deutsche Centralportogallgesellschaft für den Osten. Bei zahlreicher Beteiligung deutscher Industrie- und Handelsfirmen ist hier unter der Führung des Deutsch-ukrainischen Industrie- und Handelsvereins C. W. die Deutsche Centralportogallgesellschaft m. b. H. gegründet worden. Ihre Aufgabe soll sein, unter Anlehnung an eine seit 40 Jahren bestehende Verkaufsgesellschaft Waren aller Art, soweit diese im Geschäftsvertrieb der Genossen hergestellt bzw. gehandelt werden, nach den östlichen Ländern auszuführen. Das Hauptbureau der Gesellschaft befindet sich in Berlin (W. 30).

* Beginn der Weinlese. In Rheinhessen und in der Rheinpfalz hat man an vielen Orten die Weinlese begonnen. Die bei dem unbefriedigenden Wetter fortgeschrittene Fällnis hat dazu gezwungen. In der Rheinpfalz haben auch verschiedene Orte des oberen Oberrheins den Weinlesebeginn für die nächsten Tage schon angelehnt, so sogar teilweise die Rheingebirge schon aufgenommen. Auch in Baden haben eine Reihe von Reborten die Lese eröffnet. Von dem Wetter ist eben für die nächste Zeit nicht mehr viel Günstiges zu erwarten. Vielmehr ist die Situation des selben schon allzu herbstlich geworden. Bei Vorlesen von „Weihen“ wurden in Rheinhessen 23-30 Mark pro Pfund bezahlt, was einem Stroh — 1200 Liter — Preise von 85 000 bis 100 000 Mark gleichkam. Die dabei festgestellten Marktpreise waren ziemlich niedrig bei hohem Säuregehalt. Ebenso verhält es sich bei den anderen Portualen, die nur stellenweise höhere Gewichte aufwiesen. Von einem Verkaufsgeschäft kann hier noch nicht gesprochen werden. Anders ist es in der Rheinpfalz, wo einlas Rohorte mit der Einbringung der Portugalltrauben-Ernte schon ziemlich weit vorgeschritten sind. Hier wurden die Marktpreise von 50-75 Grad, die und da auch etwas höhere konstatiert, doch überwogen solche zwischen 50 — manchmal sogar noch darunter — und 60 Grad und darüber nach deutschem Maß. Bezahlt wurden bisher für die 40 Liter Trebermaße 1600-2400 Mark. Die Weinergesellschaft in Bad Dürkheim setzte 40 Fuder (Fuder gleich 1000 Liter) zu 80 000 Mark das Fuder und die Weinergesellschaft in Rall stalt circa 800 Fuder ihrer Mitglieder zu 78 000 Mark die 1000 Liter ab. Für Frühburauben wurden in Rheinhessen in der Gegend von Bingen zuletzt 4100 Mark und darüber der Sinter bezahlt. Auch an der Nahe sind diese Trauben geerntet und landen schlanke Abnahme zu Preisen von 4000 Mark und darüber der Sinter. Verschiedene Orte am Rheinstumpf in Baden haben auch schon die Lese begonnen. Die bisherigen Marktpreise sind mittelmäßig. Auch aus dem Oberrhein wird aus einer Reihe von Orten der Lesebeginn bzw. das Voranschreiten des selben gemeldet, und es werden dabei bei quantitativer sehr guten Ergebnisse Preise von 50-60 Gr. das Ohm, gleich 50 Liter genannt.

m Person vorstände erwölweil es no beamten zuge und dem mit ten Beamten als ricksticht in einer ge geblich vorp Zeitaufwand Empfang ne verhehtlich diese auf der Kavardistrah barauf aufm Wohnungslf erzungen w ordnung.)

m Rath. G hieft der Ge ab. Herr R essanten Vor tag Bezug n Präses noch ab Oktober 15.— Mark gieder 50.—

Verammlung arbeit im Wi veranstatet zu der alle M Am Montag nur die Mit gebürigen ge weit sie der sind, Zutritt jorgte durch reich erschie Verammlung geschloßen

m Kienes unter dem Zei dielem Jahre s sehlen. In ein dem wirtschaft jeder mit Angi Tage dem M Vertagessend Wlax zu mache fremden Ausste größer sein als der Verkaufsf dem Marktpla dem Sportpla 1 russische Sch 1 Verlohungsh Auf dem Spor dampfkanal, 1 Muehen, 1 Daneln in werde norhanden sein

m Musik-2 konzert des abend, den Abonnement Mittwoch, de merfänger W stehenden Zei daß man aus Neufierungen tung" schreib Note an ein

15 Nach diese ihm, ihre Nom sich auf seine Sie gut, Sie suchte eine Sekunde l — aber sie mu vorhin stand er „Ich helhe hat sich mir h hatte mich de es tut mir lei mit dem Witi „Das ist u sonderen Ausd Sturm mit den tigen Trebens über den Arm, ihren Arm in

In demselb und Hlifer, die entgehet, er e Männer und r vorbestim, klaff er erwiderte h sinnungslos vor Sie zu juchen erzählt hatte.“

Etwas erl ihres Waters d bildete und th Die Gestalt wundervollen z tung, demselben

dem andern um 12 Kreuzmeilen, während Londo auf der West-
 ande draußen auf einer klobig-schalenen Chaiselounge liegt
 und im unruhigen Schlummer von den Schreden der vergan-
 genen Nacht träumt. (Einführung)

